

Vom richtigen Weg abkommen?

Die Politik will weitere Lockerungen im Strassenverkehr – trotz steigender Unfallzahlen

Die Zahl der Verkehrstoten und der Schwerverletzten auf Schweizer Strassen stieg im vergangenen Jahr an. Dennoch wird in Bern über die Abschwächung des «Via Sicura»-Pakets und weitere Lockerungen zulasten der Verkehrssicherheit diskutiert. Am Steuer Nie fordert ein klares Bekenntnis zur Unfallprävention.

Gemäss den am letzten Donnerstag vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) veröffentlichten Unfallzahlen sind 2020 auf Schweizer Strassen 227 Menschen tödlich verunglückt – das sind 40 mehr als im Jahr zuvor. Auch die Zahl der Schwerverletzten ist von 3'639 (2019) auf 3'793 Personen (+154) gestiegen.

Diese Entwicklung alarmiert. Denn der langfristige Trend bei den Unfallzahlen war in der Schweiz über die letzten Jahre rückläufig. Innert zehn Jahren ist diese Zahl um einen Viertel zurückgegangen. Die Massnahmen der Unfallprävention hatten bis anhin die gewünschte Wirkung und die aktuellen Gesetzgebungen griffen. Umso mehr beunruhigt es, dass mehrere politische Vorstösse zulasten der Verkehrssicherheit Zustimmung von Parlament und/oder Bundesrat erhalten haben.

So hat das Parlament im Herbst 2017 zum Beispiel beschlossen, den Alkoholausschank und -verkauf auf Autobahnraststätten zu erlauben. Diese Neuerung ist per 1. Januar 2021 in Kraft getreten.

Mit der laufenden Teilrevision des Strassenverkehrsrechts stellt der Bundesrat die Weichen für die Verkehrssicherheit der nächsten Jahrzehnte. Der Entwurf enthält wichtige Impulse. Allerdings gibt es auch kritische Punkte, wie zum Beispiel der Verzicht auf die obligatorische Verwendung von Alkohol-Wegfahrsperrern für Wiederholungstäter oder die Abschwächung der Rückgriffspflicht der Haftpflichtversicherer in ein Rückgriffsrecht. Das Massnahmenpaket «Via Sicura» soll also weiter abgeschwächt werden. Ein Paket, das die Sicherheit auf den Schweizer Strassen nachweislich erhöht hat, wie ein Evaluationsbericht des Bundesrates feststellt. Diese Bemühungen rückgängig zu machen, ist nicht im Sinne der Unfallverhütung und schadet der Verkehrssicherheit.

In der Frühjahressession 2021 hat der Ständerat nun eine Motion von Olivier François (FDP/VD) angenommen. Diese verlangt, dass Jugendliche ab 16 Jahren vierrädrige Leichtmotorfahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit von maximal 45 Kilometern pro Stunde (km/h) fahren dürfen. Dies obwohl der Bundesrat vorgängig auf die negativen Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss aufmerksam machte und eine Ablehnung empfahl.

Gemäss den Zielen des ASTRA soll die Zahl der tödlich verunfallten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer bis 2030 auf 100 und jene der schwer verletzten auf 2'500 sinken – mit solchen politischen Vorstössen wird vom vielversprechenden Weg der Unfallprävention abgewichen. Für die Zielerreichung braucht es konkrete und langfristige Massnahmen, ein Zusammenspiel aller Akteure im Bereich Verkehrssicherheit und ein klares Bekenntnis der Politik zum eingeschlagenen Weg.

Für Fragen stehen zur Verfügung:

Lucius Dürr, Präsident Am Steuer Nie, Tel. 079 377 56 76, lucius.duerr@amsteuernie.ch

Esther Vogler, Kommunikation Am Steuer Nie, Tel. 079 603 11 66, esther.vogler@amsteuernie.ch

Am Steuer Nie (ASN) sensibilisiert schweizweit für Ursachen und Folgen von Unfällen im Strassenverkehr und berät bei Fragen zur Fahrfähigkeit. Durch erlebnisorientierte Präventionsarbeit, innovative Einsatzmittel und attraktives Informationsmaterial ermuntert Am Steuer Nie zu verantwortungsvollem Fahren und will vor allem substanz-, müdigkeits- und ablenkungsbedingte Verkehrsunfälle verhindern. ASN gehört zum Verbund der Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich und wird finanziell unterstützt durch den Kanton und den nationalen Fonds für Verkehrssicherheit. Der Verein wurde 1992 gegründet.
